

August 2007



KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
WASHINGTON, PRAG, WARSCHAU UND MOSKAU



## **Raketenabwehr in Europa - die Diskussion in den USA, Tschechien, Polen und Russland**

Das Projekt der Stationierung eines amerikanischen Ground-Based Midcourse Defense (GMD) Raketenabwehrsystems in Europa hat in den vergangenen Wochen und Monaten einen Teil der außen- und sicherheitspolitischen Debatte geprägt. Durch die heftige Attacke von Präsident Putin während der Sicherheitskonferenz in München wurde das Thema „Missile Defense“, bis dato vorwiegend Insidern geläufig, auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. In der Folge entwickelte sich das Thema gar zum Stoff für heftige Diskussionen innerhalb der deutschen Politik. Kritiker warnten vor einem neuen Wettrüsten, Russland sei nicht rechtzeitig informiert worden. Die Frage der potentiellen Bedrohung durch Raketen des Iran rückte dabei in den Hintergrund. Letztlich ging und geht es wieder einmal um die Frage des Verhältnisses Westeuropas zu den USA einerseits und Russland andererseits.

Diese Debatte läuft gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen ab: an erster Stelle natürlich zwischen den USA und Russland (auch bei dem Treffen zwischen Präsident Bush und Präsident Putin am 1. und 2. Juli stand es auf der Agenda), aber auch zwischen den USA und Tschechien bzw. Polen. Ferner ist dies Thema zwischen den USA und Deutschland sowie zwischen Polen und Tschechien einerseits sowie Russland andererseits. Auch innerhalb der USA, Tschechiens und Polens spielt das Thema eine Rolle.

Dies haben die Büros der Konrad Adenauer Stiftung in Washington DC, Prag, Warschau und Moskau zum Anlass genommen, aus der Perspektive des jeweiligen Landes die Debatte über die Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa in der Hoffnung zu erörtern, damit einen Beitrag zur außen- und sicherheitspolitischen Diskussion, insbesondere in Deutschland, zu leisten.

In den USA sehen sich die Republikanischen Befürworter der Raketenabwehr innenpolitisch zunehmend unter Zeitdruck, ihr Projekt rechtzeitig voranzubringen, damit es nicht Gefahr läuft, bei einem eventuellen (weiteren) Wahlsieg der Demokraten im Herbst 2008 komplett aus dem Etat gestrichen zu werden. Unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet gestehen Vertreter der Regierung George W. Bush ein, daß man besser auf den russischen PR-Schachzug hätte vorbereitet sein müssen. Insofern bemüht man sich nun, alle eventuellen Fragen zu den bilateralen Kooperationsabkommen vorerst in Polen und Tschechien zu beantworten und später im Rahmen der NATO multilateral darüber zu informieren. In der Zukunft könnten die Raketenabwehrsysteme der NATO dieses System dann komplementieren.

In Tschechien trifft das Raketenabwehrsystem auf breite Zustimmung innerhalb der politischen Klasse sowie führenden Sicherheitsexperten, auch wenn die Bevölkerung selber der geplanten Radaranlage bisher mehrheitlich noch nicht positiv gegenübersteht. Trotzdem scheint es sicher, dass die Mehrheit im Parlament, die zur Ratifizierung eines Abkommens mit den USA notwendig wäre, erreichbar ist und dass ein riskantes Referendum vermieden werden kann. Interessanter-

weise befürwortet eine Reihe von Politikern und Parteien die Einbindung des Systems in die NATO, auch wenn die Wahrung der Souveränität ebenfalls betont wird.

In Polen schien sich die Entscheidung für eine Stationierung der Abfangraketen anfänglich schwierig zu gestalten, wobei sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen das Unternehmen ausspricht. Letztendlich würde aber das Urteil der Regierung und des Parlaments nach weiteren Konsultationen wahrscheinlich positiv ausfallen. Ausschlaggebend für die Zustimmung ist dabei wohl die langfristige Verknüpfung der Sicherheit Polens mit den Vereinigten Staaten. Warschau verzichtet allerdings darauf, einen gesonderten Vertrag über die Militärzusammenarbeit mit den USA zu unterzeichnen, der zusätzliche Sicherheitsgarantien für Polen festgelegt hätte.

In Russland trifft man auf den heftigsten Widerstand zu Washingtons Plänen. Nachdem jahrelang ein eher verhaltener russischen Unwille gegenüber jeglicher Raketenabwehrinitiative der Amerikaner geäußert wurde und diese Haltung indes zu keinen Zugeständnissen führte, scheint ein erstarktes Russland sich nun zumindest außenpolitisch Gehör zu verschaffen. Dabei spielen auch innenpolitische Überlegungen eine Rolle, vor allem der bevorstehende Präsidentschaftswahlkampf sowie die Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Eine gute Ablenkung von den westlichen Sorgen um den Zustand der russischen Demokratie bietet ein nukleares Säbelrasseln immer. Langfristig jedoch sind die Drohungen eines Austritts aus den INF- und KSE-Verträgen gekoppelt mit steigenden Militärausgaben als ein Versuch zu deuten, eine weitere Ausdehnung der NATO zu unterbinden.

## **Raketenabwehr – die Position der USA**

Dr. Norbert Wagner und Roman Sehling

Präsident Vladimir Putins Rede in München hat das Thema der Raketenabwehr im Zentrum Europas zum öffentlichen Diskussionsthema gemacht. Nachdem die USA Russland in den vergangenen Jahren mehrfach über ihre Pläne ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu errichten unterrichtet hatten und die NATO-Mitgliedsländer die Errichtung eines Abwehrsystems in einer langjährigen Machbarkeitsstudie zunächst als technisch realisierbar anerkannt hatten, schien der problemlosen amerikanischen Stationierung nur wenig im Weg zu stehen. Ungehalten über den Mangel an Verständnis für die ablehnende russische Haltung konnten russische Politiker nun das Thema polemisch im Licht eines neuen Wettrüstens darstellen und haben damit in Europa große Besorgnis geweckt. Dennoch geben sich die USA optimistisch, dass die Stationierung des Raketenabwehrsystems letztendlich erfolgen wird, sobald ein rationaler Dialog über die Bedrohungslage stattgefunden hat. Die Missile Defense Agency hat bereits damit begonnen \$28.5 Millionen für die Entwicklung der zweistufigen Abfangrakete, die in Polen bis 2012 stationiert werden soll, auszugeben.[1] Allerdings kommt die Regierung Bush auch langsam unter Zugzwang: Die von den Demokraten kontrollierten beiden Häuser (Abgeordnetenhaus und Senat) erschweren die Bewilligung der zusätzlich nötigen Mittel für die Abfangraketen in Polen. Wie die Zukunftsaussichten eines noch nicht vollständig errichteten Systems unter der Führung eines Demokratischen Präsidenten oder einer Präsidentin aussehen würden, bleibt offen.

### **Hintergrund**

Die USA haben in den letzten fünfzig Jahren insbesondere unter Republikanischer Führung mehrfach großes Interesse an der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen gezeigt. Inner-

*Man gibt sich in den USA optimistisch, dass die Stationierung des Raketenabwehrsystems letztendlich erfolgen wird.*

halb der vergangenen 15 Jahre hat sich die strategische, technologische und innenpolitische Lage jedoch in solchen Ausmaßen verändert, dass die Regierung unter George W. Bush in ihrer ersten Legislaturperiode in der Lage war, diese Pläne auch zu realisieren. Trotz internationaler Bestrebungen, den Export von Raketen zu unterbinden, ist es in der Vergangenheit zu einer weiten Verbreitung von Raketentechnologie gekommen, wobei mittlerweile nicht mehr nur China und Russland für den Westen fragwürdige Kunden beliefern, sondern "Schurkenstaaten" nunmehr direkt untereinander kooperieren und so internationale Auflagen komplett umgehen. Ein Teil dieser Staaten beschäftigt sich auch mit der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, was in Kombination mit einer Langstreckenraketenkapazität eine ernsthafte Bedrohung für die westliche Welt darstellen würde. Mit Republikanischen Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und Senat sowie im Gefolge der Terroranschläge des 11. September 2001 konnte die Regierung Bush endlich einseitig vom ABM Vertrag zurücktreten und damit ihre Verpflichtung gegenüber Russland aufkündigen, keine strategischen Raketenabwehrsysteme zu entwickeln.[2]

## **Feindbilder**

Vor dem Hintergrund der (damaligen) Kontroverse um den Austritt aus einem der Eckpfeiler des Rüstungsbeschränkungsabkommens bemüht sich die Regierung Bush einerseits darum, ein größeres Bewusstsein für die Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägerraketen zu wecken. Andererseits gilt es, die Debatte sowohl im Inland als auch unter den NATO-Verbündeten und insbesondere in Polen und Tschechien nicht im Kontext des Kalten Krieges zu führen, sondern die neuen Bedrohungen in Betracht zu ziehen - ein am status quo interessiertes Russland gehört nicht dazu. Verantwortungslose Schurkenstaaten mit kleinen Arsenalen an Massenvernichtungswaffen stellen eine Bedrohung für alle NATO-Verbündeten und auch Russland dar. Zu diesem Schluss kam man auch auf dem Treffen der NATO-Außenminister im vergangenen Jahr, was auch von Generalsekretär Jan de Hoop Scheffer in diesem Jahr wiederholt wurde.[3]

Daher betonen die USA, dass der Iran bis 2015 eine Langstreckenkapazität entwickeln kann und verweisen auf die Drohungen des iranischen Präsidenten, Israel von der Landkarte radieren zu wollen, und auf dessen Warnung, dass im Falle einer Auseinandersetzung mit Palästina, die USA zwar weit entfernt wären, Europa sich jedoch in unmittelbarer Nähe befände. Diese Kombination aus drohender Rhetorik und technischen Kapazitäten würde eine ernsthafte Bedrohung für die westliche Welt darstellen, so Assistant Secretary of State Daniel Fried.[4]

Auch würde die USA an ihrer Politik der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen festhalten. Ein Raketenabwehrsystem sei sogar ein wichtiger Bestandteil dieser Politik, da es Staaten mit kleinen Raketenprogrammen davon abhalten könnte, diese zu realisieren: ein kleines Arsenal würde aufgrund von Raketenabwehrsystemen wirkungslos gemacht. Das von den USA angestrebte System wiederum reicht bei weitem nicht an Präsident Ronald Reagans Strategic Defense Initiative (SDI) heran und stellt damit keine Bedrohung für Russlands beachtliches und zum Teil modernes Arsenal dar. Dabei weisen die USA darauf hin, dass der Generalsekretär der NATO, Jan de Hoop Scheffer, ausdrücklich betonte, dass die Verbündeten überzeugt waren, dass ein Abwehrsystem keinen Effekt auf das strategische Gleichgewicht mit Russland hätte.[5]

Des weiteren würde ein Raketenabwehrsystem den Handlungsspielraum in einer Krisensituation entscheidend erweitern: man muss nunmehr nicht mehr sofort zwischen einem Präven-

*Für die USA gilt es, die Debatte im In- und Ausland nicht im Kontext des Kalten Krieges zu führen, sondern die neuen Bedrohungen in der Debatte für ein Abwehrsystem voranzustellen.*

tivschlag oder Kapitulation entscheiden, was gerade bei fragwürdigen Geheimdienstinformationen besonders wichtig sein kann. Auch wenn die USA dieses System nicht unbedingt für ihre eigene Sicherheit brauchen, so legt man großen Wert darauf, dass (fast) alle Verbündete durch dieses System gesichert werden könnten. Im Falle einer Auseinandersetzung könnte sonst die Allianz gespalten werden.[6] Allerdings gesteht Lt. General Kevin Campbell vom Army Space and Missile Defense Command ein, dass die USA auch die Verbreitung von ballistischen Raketen unter den Alliierten selbst zu verhindern sucht.[7]

## Interne Diskussionen

In den USA muss sich die Regierung Bush nun nach Jahren gesicherter Unterstützung für die Raketenabwehrpläne mit einem von den Demokraten kontrollierten Kongress arrangieren. Dieser hat in den letzten Wochen das Budget für die Errichtung der Abfangraketenanlage in Polen gestrichen. Dagegen wurde die Radaranlage in Tschechien bewilligt. Des weiteren wurde eine Studie in Auftrag gegeben, welche die technische Machbarkeit sowie die ökonomischen und politischen Auswirkungen auf die NATO- und EU-Mitgliedsstaaten analysieren soll.

Grund dafür waren Zweifel innerhalb des House Foreign Affairs Committees an der Notwendigkeit der Eile, mit der das Projekt vorangetrieben wird. Der Demokratische Vorsitzende des Subcommittee for Europe - Robert Wexler - stimmte zwar mit der Gefährdungsanalyse der Republikanischen Regierung überein, warnte jedoch davor, dass deren Eile negative Auswirkungen auf U.S. Bündnispartner haben könnte. Zudem merkte Wexler an, dass das Abwehrsystem bisher nur unter äußerst günstigen Bedingungen getestet worden sei und daher nur bedingt einsatzbereit sei. Statt dessen befürwortete Wexler, dass der Etat dem Grenzschutz und Maßnahmen im Rahmen des Cooperative Threat Reduction Programms zugeteilt werden sollte.

Auch soll ein Raketenabwehrprogramm, welches die Europäer absichert auch von ihnen bezahlt werden, so die Forderung Demokratischer Abgeordneter. Immerhin bezifferte der Demokratische Vorsitzende des Subcommittee for Terror, Nonproliferation and Trade - Brad Sherman - die Kosten für den europäischen Teil des Ground-Based Midcourse Defense (GMD) Systems auf \$4 Milliarden.[9] Der Missile Defense Agency Director Lt. General Henry Obering lag mit seinem Kostenvorschlag von \$3.5 Milliarden nur wenig darunter. Die Tatsache, dass das Programm nicht in erster Linie mit Hilfe der NATO errichtet werden soll, veranlasste Wexler zu der Frage, ob ein solches System in Europa keine politische Mehrheit erreichen könnte, welche die Ausgaben dafür bewilligen würde. Dies würde entweder an der Fragwürdigkeit des Systems liegen oder aber an einer abweichenden Gefährdungsanalyse.

Brad Sherman ergänzte zudem, dass ein Raketenabwehrprogramm keine Angriffe verhindern würde, solange eine "schmutzige Bombe" per Drogenkurier über die mexikanische Grenze gelangen könnte. Insofern wäre es unklug, die Beziehungen mit Russland jetzt aufs Spiel zu setzen, wo Russland gerade in den Verhandlungen mit dem Iran gebraucht werde. Sein Republikanischer Unterausschusskollege Edward Royce bezweifelte jedoch, dass Moskau aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Iran ein guter Schlichter in diesem Bereich wäre und ob ein Raketenabwehrsystem unbedingt Russlands Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cooperative Threat Reduction beeinträchtigen würde.[10]

Die Demokratische Vorsitzende des Strategic Forces Subcommittees des House Armed Services Committees - Ellen Tauscher - begründete die Budgetkürzung damit, dass das Pro-

*Demokratische Abgeordnete fordern, dass ein \$4 Milliarden teures Raketenabwehrsystem, das zum Schutz der Europäer errichtet werden soll, auch von ihnen bezahlt wird.*

gramm weniger ausgereift sei und ein höheres technisches Risiko beinhalte als vergleichbare Programme, die kurzfristige Bedrohungen parieren würden.[11] Auch hinterfragte Tauscher die Bestrebungen der Regierung Bush, das Thema der Raketenabwehr auf bilateraler Ebene und nicht im Rahmen der NATO voranzubringen.[12] Dieser Besorgnis schloss sich auch Brad Sherman an.[13]

Angesichts solchen Widerstands innerhalb des amerikanischen Kongresses, merkte Assistant Secretary of State Daniel Fried allerdings an, dass Etat Kürzungen nicht unbedingt ein langfristiges Hindernis darstellen würden und dass er auch weiterhin hoffe, dass der Kongress diese Entscheidung noch einmal begutachten wird - insbesondere nachdem weitere NATO-Verbündete sich der Gefahrenanalyse des Weißen Hauses angeschlossen hätten.[14] Sein Kollege Under Secretary John Rood wies jedoch darauf hin, daß sich die Verhandlungen mit Polen nun schwieriger gestalten könnten.[15] Missile Defense Agency Executive Director Patricia Sanders wiederum warnte davor, dass eine Budgetkürzung unter anderem den Eindruck erwecken könnte, dass es bei der Anlage nur um den Schutz der USA gehe und dass russische Behauptungen damit nur glaubwürdig gemacht würden.[16]

Bezüglich der Sorge um die Eile bei der Umsetzung des Projektes verwies Assistant Secretary of State Daniel Fried darauf, dass es noch Jahre dauern würde, bis das System aktiv wäre und dass es gerade der Sinn des "spiral development" Entwicklungsprozesses wäre, früh mit der Entwicklung und dem Einsatz von existierenden Kapazitäten zu beginnen, aber diese dabei kontinuierlich zu erneuern, sobald neue Technologien entwickelt würden bzw. sich die Gefährdungsanalyse verändert. Wenn man erst darauf warten würde, bis die Iraner ihre Kapazitäten entwickelt hätten, wäre es zu spät, Gegenmaßnahmen in Angriff zu nehmen.[17]

## **Kalter Krieg der Worte**

Was die Beziehung zu Russland angeht, so hatte das Verhältnis zwischen den beiden Ländern vor dem G8 Gipfeltreffen in Heiligendamm einen rhetorischen Tiefpunkt erreicht. Einerseits betonte die U.S. Regierung, dass Russland sich daran gewöhnen müsse, dass es keine Kontrolle mehr darüber hätte, was die Länder in ihrer ehemaligen Einflussphäre außen- und innenpolitisch entscheiden würden. Andererseits gestand man zu, dass es vorkommen könne, dass außenpolitische Differenzen für innenpolitische Fragen ausgenutzt würden. Jedoch würde man es bevorzugen, miteinander zu kooperieren, anstatt einen rhetorischen Schlagabtausch zu führen. Gerade wenn Russland ernsthaft über amerikanische Entwicklungen besorgt sei, müsse man miteinander kooperieren, was schließlich möglich sei, da sich das Raketenabwehrsystem nicht gegen Russland richte.[18]

Secretary of Defense Robert Gates resümierte nach einem Treffen mit dem russischen Generalstab, dass es sich möglicherweise um ein Missverständnis handelt, was die Kapazität und die Grenzen des Systems betrifft. Andernfalls würde die russische Besorgnis weniger das heutige System angehen, sondern was daraus in der Zukunft gemacht werden könnte. Beide Unklarheiten könnten jedoch durch Kooperation behoben werden. Zu diesem Zweck wurde die Einführung einer 2+2- oder 3+3-Arbeitsgruppe vorgeschlagen: die jeweiligen Außen- und Verteidigungsminister sowie die Berater des Präsidenten für Nationale Sicherheit könnten sich ab September 2007 regelmäßig zu Konsultationen treffen.[19]

Under Secretary of Defense for Policy Eric Edelman sah einen Teil der Herausforderung die Besorgnisse seiner russischen Kollegen zu beruhigen darin, deren Rüstungskontrolldenkweise als Ganzes zu verändern. Er sprach von einer aktuellen Welt der Defensive, die im Gegensatz zu der auf offensiven Waffen und nuklearer Abschreckung basierenden Welt des Kalten

*Falls Russland ernsthaft über amerikanische Entwicklungen besorgt sei, müsse man miteinander kooperieren, was schließlich möglich sei, da sich das Raketenabwehrsystem nicht gegen Russland richte.*

Krieges steht. (Dass beide Länder auch weiterhin innerhalb von Minuten Tausende von Nuklearsprengköpfen aufeinander "herabregnen" lassen könnten und seine amerikanischen Kollegen sehr darauf bedacht waren, Russlands nukleares Arsenal als nicht bedroht darzustellen, schien dabei im Hintergrund zu bleiben).[20]

Gerade weil sich die amerikanischen Regierungsmitglieder konsequent für eine Kooperation mit Russland ausgesprochen haben und sowohl innerhalb der NATO als auch direkt mit Russland zu den technischen Einzelheiten des Raketenabwehrprogramms seit 2006 mehr als zehn Briefings abgehalten haben, wurde die Münchner Rede Präsident Putins von den Amerikanern als unangenehme Überraschung aufgenommen.[21] Dass die zehn unbewaffneten Abfangraketen auf Polens Territorium eine Bedrohung für Russlands Arsenal darstellten, bezeichnete Secretary of State Rice dann auch als eine „lächerliche“ Behauptung.[22] Die Aussagen einiger russischer Politiker, dass der Iran keine Bedrohung darstellt, entsprächen ebenfalls nicht der Realität. Assistant Secretary Daniel Fried merkte daher auch an, dass russische Politiker momentan viel sagen würden. Wieviel sie aber davon auch meinten und aus welchen Gründen, das könne er nicht beantworten.[23] Laut Fried wären solche Kommentare eher polemischer Natur als strategisch durchdacht.[24]

Der Republikanische Abgeordnete Edward Royce gestand der russischen Regierung dann auch einen PR-Erfolg zu: ihre nationale Sicherheit war sicherlich nicht der Grund für ihre öffentlichkeitswirksame „Besorgnis“ und Warnung vor einem neuen Wettrüsten, sondern das Bestreben, amerikanischen Einfluss zu verringern.[25] Die darauf folgende Diskussion in Europa weckte Erinnerungen an die PR-Strategien der Sowjetunion in den Debatten der 80er Jahre und drehte sich daher in erster Linie um die Gefahr eines Wettrüstens und nicht um die Bedrohung durch den Iran oder gar um den Entwicklungsstand der amerikanischen Abwehrsysteme, so Fried.

Die Sorge des russischen Generalstabs, dass das Abwehrsystem in Zukunft erweitert werden könnte, konnte Fried jedoch nicht beschwichtigen: er konnte nicht versprechen, dass es bei zehn Abfangraketen bleiben würde. Jedoch wären diese in jedem Fall zu nahe an Russland, um eine Gefahr darzustellen.[26] Dieser Aussage widersprach jedoch Theodore Postol vom renommierten Massachusetts Institute of Technology. Nach seiner Analyse, die auf den von der Missile Defense Agency bekanntgegebenen Daten und Machbarkeitsstudien basiert, ist es den USA durchaus möglich, soweit das Raketenabwehrsystem vollständig einsetzbar ist, ballistische Raketen von einer Reihe von Stützpunkten im europäischen Teil Russlands abzufangen. Des weiteren machte Postol klar, dass die USA ihr Ziel eines Raketenabwehrsystems in Europa auch mit einer Erweiterung ihres Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) Systems erreichen könnten. Daher wäre es nicht überraschend, dass russische Militärstrategen der Errichtung der jetzt geplanten Ground-Based Midcourse Defense (GMD)-Anlage eher misstrauisch gegenüber stünden.[27]

MDA Director Lt. General Henry Obering versuchte seine russischen Kollegen in Bezug auf die geplante X-Band Radarstation in Tschechien zu beschwichtigen, nachdem Präsident Putin unter anderem seine Besorgnis geäußert hatte, dass mit dieser Radarstation russische Raketen (test)starts- und -flugtrajektorien von Stützpunkten bis zum Ural genauestens beobachtet werden könnten.[28] Lt. General Obering entgegnete, dass die X-Band Radaranlage nur einen schmalen Richtstrahl habe, so dass selbst wenn die USA russische Raketen damit verfolgen würde, sie jeweils nur einige beobachten könnte.[29]

Nichtsdestotrotz gibt man sich auch weiterhin optimistisch in den USA, dass Russland letztendlich seine Optionen genau abwägt.[30] Laut Assistant Secretary of State Daniel Fried ist es

*Dass die zehn unbewaffneten Abfangraketen auf Polens Territorium eine Bedrohung für Russlands Arsenal darstellten, bezeichnete Secretary Rice als eine „lächerliche“ Behauptung.*

nun wichtig, die russische Opposition zu kontern, indem einerseits die NATO-Verbündeten einer Meinung sind, und andererseits Russland klar gemacht wird, dass man es ernst meint mit dem Angebot der Kooperation und dass Russland daraus auch Nutzen ziehen kann. Fried betonte aber auch, dass die USA nicht auf Russlands Zusammenarbeit angewiesen sind, es jedoch in ihrem Interesse ist, mit Russland zu kooperieren.[31] In diesem Bereich hat die USA gemeinsame Projekte im Bereich der Forschung und Entwicklung, Modellerstellung und Simulation als auch beim Testen des Raketenabwehrsystems.[32] Under Secretary of Defense for Policy Eric Edelman sprach ebenfalls davon, mit Russland kooperieren zu wollen, insbesondere was Sensoren-, Radar- und Frühwarnsysteme und deren Daten angeht, um ein gemeinsames Bild der operativen Lage zu erhalten.[33] Dies würde eine qualitative Steigerung bedeuten, da amerikanische Behörden im letzten Dezember nur davon ausgingen, dass man neben Briefings lediglich Budgetinformationen sowie einen einmaligen Besuch der Abfangraketenbasis ermöglichen würde.[34] Der stellvertretende Premierminister Sergey Ivanov hatte sich schnell öffentlich gegen eine Zusammenarbeit ausgesprochen, auch wenn der russische Gesandte beim NATO-Russia-Council Konstantin Totskiy im Gegensatz zum russischen Generalstab ein gewisses Interesse an Kooperation bekundete.[35]

Bezüglich des Vorschlags von Präsident Putin, dass man auf die Radaranlage in Tschechien verzichten und eine existierende russische Anlage in Aserbaidshan nutzen könne, sagte Defense Secretary Robert Gates, dass man die amerikanischen Pläne nicht ändern würde. Jedoch wäre die Radarerrichtung in Aserbaidshan eine wertvolle Hilfe.[36] Putins überraschendes Angebot wurde allerdings eher als ein Mittel gesehen, um entweder das politische Klima zu verbessern, oder aber um mit einer Absage durch die Amerikaner weiter Opposition gegen deren Raketenabwehrsystem in Europa zu wecken.[37]

## **Staunch Allies? Polen und Tschechien**

Was die Beziehung zu Polen und Tschechien angeht, so gesteht man den beiden jungen NATO-Partnern zu, dass es zu einer regen Diskussion kommen wird und soll.[38] Die Zeiten, in denen über die Bevölkerung hinweg Entschlüsse gefasst wurden, wären zu Ende, so Assistant Secretary of State Daniel Fried. Man müsse sich nun in Geduld üben und alle Fragen beantworten. Während Tschechien in erster Linie daran interessiert war, die Visa-Bestimmungen für seine Bürger zu erleichtern, gab man sich in Polen besorgt über die Auswirkungen der Abfangraketen auf die nationale Sicherheit. Teil der Forderungen könnte die Stationierung eines Kontingents von Patriot-Raketen sein, um eine Verschlechterung der Sicherheitslage in Polen zu vermeiden. Auch wenn es noch keine offizielle Nachfrage zu diesem Punkt gab, so versicherte Assistant Secretary Fried, dass man offen mit Polen über seine Sorgen reden würde, seine NATO-Mitgliedschaft aber als Grundlage dieser Diskussion dienen würde.[39] Man geht in den USA auch bezüglich Polens und Tschechiens davon aus, dass nach einer Phase der Polemik eine strategische Diskussion über die Bedrohungslage stattfinden wird, welche letztendlich mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Stationierung des Abwehrsystems führen wird.[40]

Bezüglich der Frage unter wessen Kontrolle eine amerikanisch-polnische bzw. amerikanisch-tschechische Anlage käme, äußerte Lt. General Kevin Campbell, der Direktor der Army Space and Missile Defense Command, dass beide Partner höchstwahrscheinlich eine gewisse operative Kontrolle bei der Führung der Anlagen haben möchten. Die Frage, ob es ein gemeinsames Kontrollzentrum wie NORAD geben werde, wäre eine der zahlreichen Optionen, die diskutiert werden müssen. Dabei würde es allerdings zu einigen Herausforderungen kommen - insbesondere bezüglich des Informationsaustausches mit nicht-amerikanischen

*Assistant Secretary Fried erklärte, dass man offen mit Polen über ihre Sorgen zur Sicherheitslage reden würde, die polnische NATO-Mitgliedschaft aber als Grundlage für diese Diskussion dienen würde.*

Militärangehörigen. Dieses Problem bestünde allerdings auch mit treuen Bündnispartnern wie den Briten und Australiern. Es würde immer eine Gruppe von "haves" und "have nots" in einem [multilateralen] Hauptquartier geben. [41]

## **Tschechien: Auseinandersetzung um Raketenschirm Belastung für deutsch-tschechische Beziehungen?**

Dr. Stefan Gehrold

Raketenabwehr gegen Russland? Die Tschechen verstehen die Welt nicht mehr. Und die Deutschen auch nicht. Die tschechische Regierung hofft den Bündnispartner USA bei der Etablierung eines Abwehrschirms gegen islamistischen Terror unterstützen zu können. Die Einrichtung eines Schirms gegen Russland wird nicht ernsthaft diskutiert. Aufmerksam verfolgt man jetzt die Positionierung des deutschen Außenministers. Dabei sollte die deutsche Seite vorsichtig sein. Denn: die deutschen Initiativen werden als Einmischung in nationale tschechische Angelegenheiten betrachtet. Die harsche französische und deutsche Kritik an der Beteiligung tschechischer, polnischer und slowakischer Einheiten an der militärischen Intervention der Koalitionsstreitkräfte im Irak ist den Tschechen noch in unguter Erinnerung. Und im Verhältnis zu Deutschland kochen ohnehin die Emotionen schnell hoch. Es ist nicht nur eine Minderheit, die darauf hinweist, dass doch die Deutschen in der Zeit des Protektorats in Böhmen und Mähren auch schon alles bestimmen wollten. Vizepremier und Botschafter a. D. in Washington Alexandr Vondra (ODS, Europaressort) giftete im März in Richtung Berlin: „Die Deutschen sind nur beleidigt, dass man sie nicht fragte.“

### **10 Raketen zur Abwehr von „Schurkenstaaten“?**

Zum Streitgegenstand: Die USA wollen ihren bestehenden Raketenabwehrschirm erweitern. Geplant ist eine Radarstation in Tschechien und die Installierung von 10 Abfangraketen in Polen. Bis 2013 soll das Projekt verwirklicht werden und Europa und die USA vor Raketenangriffen aus dem Iran oder anderen „Schurkenstaaten“ aus dem Nahen und Mittleren Osten schützen. Sowohl die tschechische als auch die polnische Regierung unterstützen dieses Vorhaben, sehen sich dabei aber Widerständen in der eigenen Bevölkerung ausgesetzt. Vor allem die Bevölkerung an den für den Bau der Radaranlage potentiellen Standorten spricht sich dagegen aus. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen durch das Errichten der Radaranlage und dessen Wartung entstehende mögliche wirtschaftliche Vorteile. Die Regierungen behalten sich jedoch vor, die endgültige Entscheidung selbst zu treffen. Momentan verhandeln Polen und Tschechien mit den USA. Die Präsidenten der beiden mitteleuropäischen Länder vereinbarten bei einem Treffen in der Nähe Prags im Mai enge Absprachen. Als Reaktion auf die russischen Einwände gegen das Vorhaben versuchten die USA Russland von der Notwendigkeit dieser Anlagen zu überzeugen. Welche Rolle die NATO in dem Quartett, bestehend aus Polen, Tschechien, Russland und den USA, spielen wird, ist noch offen.

### **Tschechische Regierung bewertet Gefahr eines Angriffs als „real“**

Die Bedrohung durch Interkontinentalraketen mit nuklearen Sprengköpfen aus islamistischen Staaten, insbesondere dem Iran, wird als sehr real eingestuft. Die politische Klasse und sämtliche führende tschechische Sicherheitsexperten teilen die wohl einhellige Auffassung der Amerikaner, dass die Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Wesentlichen gescheitert sind, es sich dabei im Grunde nur noch um Initiativen zur Verlangsamung der Verbreitung handelt. Es kommt aus ihrer Sicht im Zeitalter des

*Die politische Klasse und sämtliche führenden tschechischen Sicherheitsexperten teilen die wohl einhellige Auffassung der Amerikaner, dass die Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Wesentlichen gescheitert sind.*



praktisch ungehinderten Zuganges zu Massenvernichtungswaffen darauf an, sich gegenüber Systemen zu schützen, bei denen eine reine Abschreckungsstrategie nicht erfolgreich sein kann.

Am 10. Mai besuchte der tschechische Außenminister Fürst Karel Schwarzenberg (unabhängig, Grüne) seinen deutschen Amtskollegen Steinmeier in Berlin. Das deutsche Außenministerium steht dem geplanten Raketenschild skeptisch gegenüber und betonte – ebenso wie Schwarzenberg –, dass eine Lösung dieses Problems nur im Rahmen eines offenen Dialogs mit allen NATO-Verbündeten erreicht werden könne.

In Tschechien fürchtet man sich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CVVM der Tschechischen Akademie der Wissenschaften aus dem 1. Quartal 2007 eher vor den Folgen des Klimawandels als vor Kriegshandlungen vor Ort. Obgleich die Regierung die Gefahr eines Angriffs auf der Grundlage eines am 27.04.2007 in der auflagenstärksten tschechischen Tageszeitung MF Dnes veröffentlichten Gastkommentars von US-Außenministerin Condoleezza Rice und US-Botschafter Graber als „real“ einschätzt, schwächt Michal Petřík, ein dem Prager Zentrum für Wirtschaft und Politik (CEP) nahe stehender Berater von Staatspräsident Klaus, diese Gefahr in einem Artikel vom 09.06.2007 und damit nach dem Prag-Besuch von George W. Bush am 05./06.06.2007 ab. Er äußert weitestgehend Bedenken im Bezug auf Souveränitäts- und Sicherheitsfragen sowohl nationaler wie multilateraler Art. Der Grundtenor ist: Jeder demokratische Staat auf dieser Erde a) hat das Recht zur Errichtung von militärischen Systemen auf seinem Staatsgebiet, b) kann frei entscheiden, ob es fremden Militäreinheiten Teile seines eigenen Territoriums zur Verfügung stellt und c) kann dabei seine Allianzpartner, sofern vorhanden, nicht nur in das eigene Kalkül, sondern auch in die Diskussion einbeziehen.

Wie Warschau verlangt allerdings auch Prag für das Aufstellen der Anlagen im Gegenzug Sicherheitsgarantien der USA. Man möchte im Falle eines russischen Angriffes von den USA beschützt werden. Zur Koordination der eigenen Schritte bei der Er- und Einrichtung des Radars ernannte Premierminister Mirek Topolánek (ODS) daher den angesehenen Diplomaten, Journalisten und Harvard-Absolventen Tomáš Klvára zum Koordinator des Raketenabwehrprogramms. Ferner kündigte er am 12.06.2007 an, dass er das Parlaments laufend über die Entwicklungen zum Thema unterrichten werde. Diesem obliegt auch nach gegenwärtiger Rechtslage die abschließende Entscheidung über das Projekt. Klvára seinerseits äußerte in einem ersten Statement, dass die heiße Phase der Verhandlungen erst im September beginnt. Die ständig von der Opposition entfachte Diskussion zum Thema Referendum schläft vielleicht bis dahin wieder ein. Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová (Christdemokraten) und Vondra kritisierten, in einem System der repräsentativen Demokratie wäre die Abhaltung eines Referendums ohnehin eine Form der Abschiebung von Verantwortung der Parlamentarier auf das Volk.

## **Die tschechische Diskussion im Überblick**

Die tschechische Bevölkerung steht dem Projekt der Ansiedlung des Radars Umfragen von CVVM zufolge zwar immer noch mehrheitlich negativ gegenüber, es ist jedoch ein steter Anstieg des Anteils der Befürworter zu beobachten. Dem konservativen Spektrum nahe stehende, private Meinungsforschungsinstitute, etwa Factum Invenio, zufolge halten zwischenzeitlich sogar die Befürworter der Einrichtung eine hauchdünne Mehrheit. Nach der jüngsten, am 31.05.2007 veröffentlichten CVVM-Umfrage stehen die Anhänger der regierenden ODS in dieser Frage mehrheitlich (61 %) hinter ihrer Partei, während sich die Anhänger der an-

deren, im Parlament vertretenen Parteien mehrheitlich gegen das Vorhaben aussprechen (KDU-CSL 36%, Grüne 25%, CSSD 15% und KSCM 5%). Das Thema wird in Tschechien durchaus intensiv sowohl auf akademischer Ebene als auch in der Bevölkerung diskutiert.

Die fünf im Parlament vertretenen Parteien lassen sich zum Thema Raketenabwehr in Tschechien grob in drei Lager gliedern:

- Uneingeschränkte Befürworter: Die größte Regierungspartei ODS steht gänzlich hinter dem Projekt.
- Befürworter mit Einschränkungen: Weite Teile der beiden Koalitionsparteien KDU-CSL und Grüne stehen den Plänen zur Raketenabwehr eher positiv gegenüber, vertreten jedoch wie etwa Verteidigungsministerin Parkanová, der von den Grünen nominierte, parteilose Fürst Schwarzenberg oder Grünenchef Martin Bursik die Haltung, dass Tschechien seine Bündnispartner in EU und v.a. NATO in die Entscheidungsfindung einbeziehen sollte. Wichtig ist für die Genannten jedoch parallel zur ODS die Wahrung der eigenen Souveränität, so die Verteidigungsministerin am 28.03.2007. Die verhältnismäßig kleine pazifistische Fraktion im Lager der Grünen distanziert sich deutlich von einem Alleingang der USA und der Entscheidung der Parteiführung vom 27.05.2007. Ebenso wie die Christdemokraten spricht man sich für eine Eingliederung des Abwehrsystems in NATO-Strukturen aus.
- Die beiden Oppositionsparteien CSSD (Sozialdemokraten) und KSCM (Kommunisten) haben abgesehen von wenigen Ausnahmen (z.B. der ehemalige Premierminister Stanislav Gross) große Bedenken gegen das Raketenabwehrsystem. Während die KSCM das Projekt konsequent ablehnt, Demonstrationen und andere Kundgebungen v.a. in vom Radar "betroffenen" Orten organisiert und dort damit kräftig punktet, nähert sich die größte Oppositionspartei CSSD dem Thema nüchterner. Vorsitzender Jiri Paroubek hatte anlässlich des Besuchs von George Bush die Gelegenheit, die Bedenken der Partei dem amerikanischen Präsidenten persönlich darzulegen. Dies sind insbesondere die scharfe russische Kritik, die Ablehnung durch den deutschen Partner (SPD) und die fehlende Einbeziehung der NATO.

Die tschechische Medienlandschaft dominieren seit Beginn diesen Jahres zwei Themen: die Folgen der globalen Erwärmung sowie die amerikanische Raketenabwehr und die hiermit verbundene geplante Errichtung eines Radars auf tschechischem Territorium. An letzterem scheiden sich - politisch gesehen - die journalistischen Geister schärfer als womöglich je zuvor. Wirklich neutral äußerte sich letztlich nur die Tageszeitung Hospodářské noviny, die zudem mehrfach Außenansichten auf das Thema (etwa am 13.3.2007 auf die deutsche Sicht) veröffentlichte. Dennoch wird intensivst diskutiert. Zahlreiche Diskussionsrunden in Radio und Fernsehen behandeln das Thema und ergänzen Berichterstattung und Kommentierung in der Presse. Das Echo der Veröffentlichungen ist: Zurück zum eingeschlagenen Weg der besten Verteidigung - Einbindung der NATO-Partner. Seit dem G8-Gipfel ist jedoch ein deutlicher Rückgang des Medienechos zu verzeichnen.

In Fachkreisen treffen nicht alle Initiativen der USA auf ungeteilte Zustimmung. Für durchaus berechtigt hält nicht nur der Sicherheitsexperte Dr. Jiří Schneider (Botschafter in Israel a. D.) vom sicherheitspolitischen Institut PASS das Argument, eine bilaterale Vereinbarung untergrabe das Fundament der NATO. Luboš Marek, ein Analytiker des tschechischen Verteidigungsministeriums und Spezialist für Raketenabwehrsysteme, führt an, dass die zu

*Uneingeschränkte  
Befürworter: Die  
größte  
Regierungspartei  
ODS steht gänzlich  
hinter dem Projekt.*

errichtenden Teile des Raketenschildes weder Tschechien und Polen schützen können, noch gegen Russland ausgerichtet werden können. Allerdings sei die Technologie noch nicht ausgereift. Letzte Tests in den USA scheiterten.

## **Der Umgang mit Russland**

Dennoch: der Argumentation, Russland wäre nicht ausreichend informiert worden, stimmt im Grunde niemand zu. Bereits beim NATO-Gipfel im Jahr 2002 in Prag, so erinnert man sich, wären doch die Pläne ausführlich präsentiert worden. Ferner gäben sich doch die amerikanischen Kabinettsmitglieder in Moskau die Klinke in die Hand. Außenminister Fürst Schwarzenberg setzt ferner entgegen, Russland verfüge über ausreichende militärische und finanzielle Ressourcen (wie beim erfolgreichen Test am 29.05.2007 zu sehen war), um einer realen oder gefühlten Bedrohung entgegen zu treten bzw. sich entsprechend zu schützen. In mehreren Interviews betonte er die Unterstützung Tschechiens für das amerikanische Ansinnen. Gleichzeitig signalisierte er Verhandlungsbereitschaft. Diese wird vor allem in Gesprächen mit Russland strapaziert werden. Russland fühlt sich aufgrund des Vorhabens, Raketen in Polen zu stationieren, in seiner Sicherheit bedroht. Parallelen zum Beginn der 80er Jahre werden erkennbar. Stichwort: NATO-Doppelbeschluss. Minister Schwarzenberg ist davon überzeugt, den Russen den tschechischen Standpunkt nahe bringen zu können. Dabei hilft durchaus, dass viele tschechische Politiker noch recht passabel russisch sprechen können. Auch betrachtet man sich letztlich, trotz der sowjetischen Okkupation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als zum gleichen slawischen Kulturkreis zugehörig.

Die tschechische Regierung hält die russischen Bedenken für grundlos. Das Raketenabwehrsystem ist ihrer Meinung nach rein defensiv und nicht als Angriffssystem entwickelt. Sollte Russland ernsthaft überlegen, Amerika mit Raketen anzugreifen, würden diese über den Nordpol fliegen und nicht über Europa. Zudem besitzt Russland weit mehr als 1000 Trägerraketen und mindestens ebenso viele Sprengköpfe. 10 Abwehrraketen würden also bei weitem keinen Schutz bieten. Außerdem, und das wissen die Russen, sind Abfangraketen deutlich langsamer als Interkontinentalraketen mit atomaren Sprengköpfen. Die in Polen stationierten Raketen müssten also quasi den russischen hinterherfliegen und hätten keine Chance, diese jemals zu erreichen.

Tschechische Sicherheitsexperten argumentieren: Dass Russland diesem System militärisch deutlich gewachsen ist und es für den russischen Staat keinerlei Gefahr bedeutet, wissen wohl die russischen Politiker. Gründe für ihr scharfes Vorgehen sind also andere: drohender Verlust von Einfluss, Angst vor Umklammerung europäischer Staaten und vor einem Ausweiten der Eurozone. Gerade das Wiedererwachen der russischen Imperial-Politik führen Tschechen als Grund des deutlichen Auftretens Russlands an. In ihren Augen erträgt es Moskau nur schwer, wenn ehemalige Satelliten-Staaten andere Wege gehen. Der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek (ODS) warf Moskau vor, mit seiner Politik einen „äußeren Feind“ anzugehen, um damit von innenpolitischen Problemen abzulenken. Putins Vorschlag von Heiligendamm, eine Basis in Aserbaidshan zu nutzen, gilt allerdings bei Experten als unpraktisch, aber als Teil des politischen Spiels. So auch NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer in einer ersten Reaktion nach dem Ende des G8-Gipfels.

## **Danke Amerika**

Was bewegt die Tschechen, die mittlerweile wohl mehrheitlich für den Aufbau der Radarstation bei Pilsen sind (s. o.), die USA unterstützen zu wollen? Die Tschechen als kleines Volk sind wie bereits im Irakkrieg stolz, dass man sie bittet, ihren Teil beim Aufbau eines Ab-

wehrsystems beizutragen. Die Amerikaner sind als Weltpolizei in Tschechien akzeptiert. Im Kampf für Frieden, Demokratie und Freiheit in der Welt haben sie sich in der historischen Rückschau aus tschechischer Perspektive als zuverlässiger Partner erwiesen. Davon zeugen nicht nur "Danke, Amerika"-Transparente in einer Demonstration am 6.6.2007 anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten, sondern auch die alljährlich stattfindenden Feierlichkeiten anlässlich der amerikanischen Befreiung Westböhmens von der deutschen Besatzung. Die Regierung Topolánek versucht auf politischer Ebene, den Amerikanern zumindest ansatzweise dieses militärische und politische Engagement im 20. Jahrhundert zu vergelten. Ferner hofft man, dass eine Kooperation mit den USA diese zu Zugeständnissen und Sicherheitsgarantien in der Zukunft bewegen könnte. Die geplante Abschaffung der Visapflicht für tschechische Staatsbürger soll zwar in keinem Zusammenhang stehen, wie unlängst US-Präsident Bush, der Vaclav Klaus und Premierminister Topolánek auf einer gemeinsamen Pressekonferenz traf, betonte. Zum Nachteil wird das Entgegenkommen durch die Einrichtung der Radarstation den Tschechen jedoch auch nicht reichen.

Nicht ganz unbeachtlich ist auch das ökonomische Argument: die Radarstation wird die Stationierung von Personal nach sich ziehen, was in der eher strukturschwachen Region des Mittelgebirgszugs Brdy, wo die Station stehen soll, für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung und vor allem für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sorgen könnte. Die möglichen Kosten schrecken die Tschechen wenig, tragen doch die USA nach deren eigenem Vorschlag diese zu praktisch 100%. Allerdings, und das ist wohl allen Beteiligten völlig klar, ist dies nur der Anfang. Sollten weitere Test der Amerikaner erfolgreich verlaufen, werden die jetzt geplanten Systeme in etwa 10 Jahren massiv aufgestockt werden. Die USA bereiten das Terrain für das Postproliferationszeitalter.

## **Deutsche und Tschechen – eine unendliche Geschichte**

Sehr aufmerksam verfolgt die tschechische Öffentlichkeit und die politische Klasse in Tschechien die Diskussion in Deutschland. So, wie auch kleinste Unmutsäußerungen von der deutschen Seite in Tschechien sehr schnell die Gemüter erregen, werden auch die Initiativen von Teilen der deutschen Regierung mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen.

Gerade nationale Kreise der Regierungspartei ODS nutzen den Anlass, um die Loslösung von Deutschland und der deutschen Politik in jeder Hinsicht zu fordern. Hysterisches Gekeife war auch bei einigen National-Populisten rund um die als extrem aggressiv bekannte Journalistin und Fernsehmoderatorin Jana Bobosikova, MdEP, zu vernehmen, deren Gruppierung sich zum Entsetzen des ODS main streams die vom Premier getrennt lebende Ehefrau Pavla Topolankova anschloss.

Dennoch: man mahnt zur Besonnenheit. Schwarzenberg wies darauf hin, dass ihm nach einem Treffen mit Verteidigungsminister Franz-Josef Jung deutlich geworden wäre, dass in der Bundesregierung sehr differenziert über das amerikanische Vorhaben gedacht würde. Premier Topolánek teilte mit, dass für ihn die Angelegenheit keine bilaterale Dimension hätte. Allenfalls könnte im NATO-Rahmen, dort wäre dann auch Deutschland beteiligt, darüber diskutiert werden. In seinen Konsultationen mit der Bundeskanzlerin nähme die Errichtung des Schirms keinen Raum ein.

Fazit: Sowohl die Regierung als auch Teile der Opposition vertreten den Standpunkt, dass die Einrichtung des Schirms Vorteile bringt und den eingegangenen sicherheitspolitischen Verpflichtungen entspricht, auch wenn die NATO in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollte. Die kleinen, aber dennoch für die Regierung Topolánek so überlebenswichti-

*Die Regierung Topolánek versucht auf politischer Ebene, den Amerikanern zumindest ansatzweise dieses militärische und politische Engagement im 20. Jahrhundert zu vergelten.*

gen Koalitionspartner sollten ihren Standpunkt jedenfalls über den Sommer deutlicher kommunizieren. Washington jedenfalls erwartet bis Ende des Jahres eine klare Aussage, ob Tschechien dem Bau zustimmt oder nicht.

## **Das Raketenabwehr-Programm aus polnischer Sicht**

Maria Wagrowska\*

Die Stationierung eines Kernelements des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen ist vielleicht das umstrittenste militärische Projekt der polnischen Sicherheitspolitik seit der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität vor 18 Jahren. Es geht dabei um eine Entscheidung, die weitaus schwerwiegendere Folgen haben könnte als die Teilnahme an der Anti-Irak-Koalition, die in Polen immer noch Gegenstand einer kritischen öffentlichen Debatte ist. Die Teilnahme an der Irak-Operation an der Seite der USA und Großbritanniens erfolgte trotz der ablehnenden Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs und offenbarte daher deutlicher als in den Jahren vor 2003 den ausgesprochen proamerikanischen Charakter der polnischen Sicherheitspolitik. Diese Unterstützung hat wohl mit dazu beigetragen, dass Polen das Angebot unterbreitet wurde, eine Komponente des Raketenabwehr-Programms zu stationieren. Die Entscheidung, vor der die polnische Regierung steht, ist mindestens aus vier Gründen überaus schwierig:

- Es geht direkt um das Staatsgebiet Polens und die Interessen der Bevölkerung vor Ort, wobei über die Hälfte aller polnischen Bürger das Projekt eher ablehnt und gegenüber der Politik der USA kritisch eingestellt ist
- Ferner geht es um die Frage der Kompensation, die Polen für die Stationierung der bodengestützten Abfangraketen erreichen möchte. Deren Stationierung stößt in Warschau nur dann auf Zustimmung, wenn dadurch die Sicherheit des Landes erhöht und nicht verringert wird
- Politisch ist man sich der möglichen Folgen für die Sicherheit Polens und Ostmitteleuropas angesichts einer etwaigen Revanchepolitik Russlands bewusst
- Es herrscht insgesamt Unsicherheit über die weitere Entwicklung der euroatlantischen - insbesondere polnisch-amerikanischen - Beziehungen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit den USA oder einer für Polen unbefriedigenden Vereinbarung. Unklar sind auch die Folgen für das Verhältnis innerhalb der NATO (USA - europäische Verbündete), für die Zukunft der Europäischen Union und die konkreten Felder der Zusammenarbeit der westlichen Demokratien mit Russland, Belarus und der Ukraine.

Falls nicht unvorhersehbare neue Begleitumstände eintreten, wird die Stationierung eines Kernelements des Raketenabwehrschildes im nordwestlichen Polen dennoch wohl letztlich Wirklichkeit werden. Dies wäre ein Ausdruck für die Kontinuität der proamerikanischen Außenpolitik, die von zukünftigen polnischen Regierungen mit unterschiedlicher Intensität betrieben werden wird. Zugleich wird das Thema jedoch weiter kontrovers diskutiert werden. Ausschlaggebend für die Zustimmung zu diesem Militärprojekt ist wohl die langfristige Verknüpfung der Sicherheit Polens mit den Vereinigten Staaten, in denen die polnische Regierung gerne einen „strategischen Partner“ sehen möchte. Oder anders gesagt: Man geht in Warschau davon aus, dass das auf polnischem Staatsgebiet liegende Element des Raketenabwehrschildes einen integralen Bestandteil des Raketenabwehr-Systems bilden wird und daher auch der Verteidigung durch die USA unterliegt. Daher werde höchstwahrscheinlich auch das

*Ausschlaggebend für die Zustimmung zu diesem Militärprojekt ist wohl die langfristige Verknüpfung der Sicherheit Polens mit den Vereinigten Staaten.*

Interesse der ohnehin als „letzte Sicherheitsgaranten“ innerhalb der NATO angesehenen Amerikaner an Polen weiter zunehmen. In Warschau hat man sich schon seit jeher für eine starke politisch-militärische Präsenz der USA in Europa ausgesprochen, da man darin einen bedeutenden Stabilitätsfaktor für das sich erweiternde Europa erblickt.

## **Polnische Motive für die Raketenabwehr: geopolitische Bedrohungsszenarien**

Aus Sicht der polnischen Regierung gibt es zwei Hauptgründe, die sich anhand der Analyse einschlägiger kontextabhängiger Aussagen ergeben und die deutlich machen, warum sich Polen wohl letztlich für die Aufstellung der landgestützten Abfangraketen entscheiden wird.

Das erste Motiv entspricht ganz der amerikanischen Argumentation und betrifft das zukünftige Bedrohungspotential seitens der Staaten des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens. Polen besitzt jedoch diesbezüglich praktisch gar keine eigenen Angaben und verfügt auch nicht über spezielle Informationen seines militärischen Geheimdienstes. In Warschau ist man daher ganz auf amerikanische Statistiken angewiesen, die im übrigen von anderen Quellen nicht in Frage gestellt werden. Vor diesem Hintergrund geht man davon aus, dass sich zumindest zehn Abwehrraketen auf polnischem Staatsgebiet befinden sollten, da erst diese Anzahl die Vernichtung von drei bis vier Angriffsraketen garantiert, die in einigen Jahren oder Jahrzehnten vor allem vom Iran in Richtung Nordeuropa abgeschossen werden könnten. Polen ist aufgrund der in Frage kommenden Flugbahnen (Trajektorien) und des möglichen Abfangens der Angriffsraketen in ihrer mittleren Flugphase aus Sicht der USA der beste Ort für die Einrichtung einer Raketenbasis. Laut der Mitte 2003 festgelegten Strategie für die Nationale Sicherheit Polens [42], aber auch nach anderen offiziellen Einschätzungen könnte sich das polnische Staatsgebiet in den nächsten Jahren durchaus in Reichweite von ballistischen Sprengkörpern befinden, die außerhalb Europas stationiert sind. Laut dem Büro für Nationale Sicherheit der Republik Polen [43] können z.B. die iranischen Mittelstreckenraketen Shabab-4 und deren Nachfolgemodelle Shabab-5 (existiert bereits) und Shabab-6 (noch in Herstellung) sogar Ziele im Umkreis von 2.500 bis 3.500 km erfassen. Ihre Reichweite würde sich also auf ganz Polen erstrecken. Unter polnischen Beobachtern und Kommentatoren herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, ob man dem Iran – zu dem Polen normale diplomatische Beziehungen unterhält – überhaupt die aggressive Absicht zuschreiben kann, auf weit entfernte Ziele in Europa schießen zu wollen bzw. ob dieser Staat überhaupt in der Lage ist, derartige Raketen herzustellen. Das von amerikanischer Seite geplante Raketenabwehr-System wird im übrigen keineswegs als ausgereift und fehlerlos angesehen.

Sowohl regierungsnaher als auch unabhängiger militärischer Forschungsstellen betonen in ihren Analysen, dass sich Polen aufgrund seiner geographischen Lage in Reichweite folgender Raketenysteme befindet bzw. in naher Zukunft befinden wird: strategische Flugraketen der Großmächte, Mittelstreckenraketen aus Europa, dem Nahen oder Mittleren Osten (Iran, Israel, Saudi-Arabien) sowie taktische Raketen aus Russland, Belarus oder der Ukraine. Gleichzeitig existieren derzeit nur geringe Möglichkeiten der Entwicklung von nationalen Systemen zur Aufspürung und Identifizierung von Raketenangriffen. Darüber hinaus ist es der polnischen Luftwaffe heute kaum möglich, Raketenfluggeschosse durch Abwehrsysteme vorzeitig zu eliminieren. Deren Flugabwehr ist stark veraltet und sollte spätestens in fünf bis sechs Jahren vollständig modernisiert werden. Dies spielt eine sehr wesentliche Rolle bei der polnischen Haltung zur Frage des amerikanischen Raketenabwehrschildes.

*Zugleich herrscht die Auffassung vor, dass das primäre Ziel des Raketenabwehr-Systems die Verteidigung der Vereinigten Staaten ist und erst in zweiter Linie darin besteht, Polen und andere europäische Bündnispartner zu schützen.*

In Polen geht man gleichwohl nicht davon aus, dass dem Land derzeit oder in naher Zukunft ein Raketenangriff seitens so genannter „Schurkenstaaten“ droht. Zugleich herrscht die Auffassung vor, dass das primäre Ziel des Raketenabwehr-Systems die Verteidigung der Vereinigten Staaten ist und erst in zweiter Linie darin besteht, Polen und andere europäische Bündnispartner zu schützen.

Das zweite grundlegende Motiv für die etwaige Zustimmung Polens zur Errichtung der amerikanischen Raketenabwehrbasis (und damit die Verknüpfung der eigenen Sicherheit mit der territorialen Integrität der USA) ist geopolitischer Natur. Die Stationierung eines wichtigen Elements der amerikanischen Infrastruktur soll nämlich dazu dienen, nicht nur potentielle Bedrohungen seitens weit entfernt liegender Staaten zu „neutralisieren“, sondern auch die Gefahren beseitigen, die von nahe an der polnischen Ostgrenze liegenden Ländern ausgehen können, wobei offen bleibt, inwieweit diese vorbeugende Sichtweise bezüglich der Gefährdung Polens aus dem Osten von den USA geteilt wird. Die polnische Sicherheitspolitik ist übrigens abgesehen vom aktuellen Raketenabwehr-Programm schon seit etlichen Jahren bestrebt, im eigenen Lande möglichst viele Kommandoeinheiten und Einrichtungen der NATO einschließlich der nötigen logistischen Systeme unterzubringen. Dabei geht man davon aus, dass die äußerlich wahrnehmbare Präsenz jedes weiteren NATO-Stützpunkts (z.B. Nordost-Korps in Stettin oder Joint Forces Training Center in Bromberg) die Sicherheit Polens erhöhen wird. Daher bemüht sich Polen bei den USA auch um Unterstützung für die Errichtung eines NATO-Stützpunktes bei Posen, um dort das System eines komplexen luftgestützten Bodenüberwachungssystems durch Luftfahrzeuge (Alliance Ground Surveillance) zu errichten.

Bei der Entscheidungsfindung hinsichtlich der Stationierung des Raketenabwehr-Systems in Polen wird also das spezifisch polnische Denken in geopolitischen Kategorien mit seinen Bedrohungsszenarien eine große Rolle spielen. Polen geht es um eine zusätzliche, von NATO-Garantien unabhängige Absicherung gegen die Bedrohung seiner äußeren Sicherheit oder zumindest um die Stärkung dieser Garantien durch die USA. Der direkte Einsatz der Raketenabwehr zum Schutz des polnischen Staatsgebiets wird nicht von vorneherein in Betracht gezogen. Darüber hinaus ist von „stabilen“ Sicherheitsgarantien die Rede.[44]

Das in Polen stationierte Kernelement des Raketenabwehr-Systems würde der „Abschreckung“ dienen, so dass man sich fremden Staaten oder außerstaatlichen Akteuren, die mit dem Einsatz von Angriffsraketen drohen, entgegenstellen könnte. Der bei offiziellen Anlässen immer wieder betonte Wert dieses Systems für die Sicherheit Polens bestünde aber erst dann, wenn zur Verteidigung der Raketenabwehrbasis ein zusätzlicher Schutzschirm errichtet werden würde, der eventuelle Angriffe von Kurz- und Mittelstreckenraketen abwehren könnte (drei bis fünf Patriot-Batterien und mindestens ein THAAD-System, das auch Raketenangriffe aus dem Ostseeraum abwehren könnte).[45] Die bislang in Polen eingetroffenen widersprüchlichen Signale lassen jedoch offen, ob die Amerikaner wirklich zur Überstellung der vorab erwähnten militärischen Schutzsysteme bereit sind. Die amerikanische Seite deutet allenfalls die Möglichkeit einer Aufstellung mobiler Systeme im konkreten Bedarfsfall, aber nicht auf Dauer, an.

## **Die Rolle Russlands**

Die von Russland ausgehenden Gefahren für Polen sind nicht direkter militärischer Natur. In letzter Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen dafür, dass diese Grundthese vielleicht nur in modifizierter Form der Wirklichkeit entspricht. Die russischen Initiativen hinsichtlich der

*Polen geht es um eine zusätzliche, von NATO-Garantien unabhängige Absicherung gegen die Bedrohung seiner äußeren Sicherheit oder zumindest um die Stärkung dieser Garantien durch die USA.*

„Zukunft“ des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE-Vertrag) werden in Polen eindeutig als Drohung angesehen, sich von dieser Abmachung zu distanzieren. In Warschau nimmt man die von Moskau geäußerten Ankündigungen über etwaige Gegenmaßnahmen infolge der Stationierung eines Kernelements des Raketenabwehr-Systems in Polen sehr ernst. Die größten Befürchtungen herrschen hinsichtlich der kritischen Schlüsselinfrastruktur. Dazu gehören alle Transportstränge, entlang derer strategisch bedeutsame Energie geliefert wird und andere sensible Sektoren von Wirtschaft, Telekommunikation und Internet. Angesichts neuer unkonventioneller und asymmetrischer Bedrohungspotentiale bezüglich der Sicherheit der nationalen Energieversorgung sucht Polen derzeit nach Mitteln und Wegen der Absicherung nach innen und außen, dort hauptsächlich in Kooperation mit NATO, USA und Europäischer Union. Dieses Grundmotiv ist eigentlich dazu geeignet, Polen mit glaubwürdigen Partnerländern im Westen in einem höheren Maße als bisher zu verbinden. Trennend wirkt jedoch die in Polen und im Westen höchst unterschiedliche Wahrnehmung des faktischen Bedrohungspotentials. Denn negative Reaktionen seitens der Russischen Föderation müssen keineswegs nur die USA betreffen, sondern könnten sich auch in Polen entladen. Die dortige Errichtung eines Teils der Raketenabwehr könnte leicht als Vorwand missbraucht werden, um Polen die Schuld für die stagnierende oder schlechtere Kooperation Russlands mit dem Westen zu geben.

### **Offene Fragen und Verhandlungsdesiderate**

Der frühere polnische Verteidigungsminister Radosław Sikorski von der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hatte während seiner Amtszeit 2005-07 von der Bush-Administration eine Kompensation für das von Polen eingegangene Risiko bei der Stationierung der Raketenabwehr verlangt. Er begründete seine Forderung damit, dass Polen durch die Installierung des Raketenabwehrschildes zum Angriffsziel jedes potentiellen Feindes der USA bzw. terroristischer Anschläge werden würde. Außerdem sei die Haltung Russlands in dieser Frage sehr negativ. Daher fordere die polnische Regierung, dass drohende feindliche Reaktionen durch ein umfassendes amerikanisches Angebot schon a priori neutralisiert werden müssten. [46]

Dieses Postulat, aber auch die vertiefte militärische Kooperation und die Übermittlung von Daten der militärischen Aufklärung sowie der leichtere Zugang zu amerikanischen Technologien, bilden die Hauptverhandlungspunkte der geplanten politisch-militärischen Vereinbarung. Deren Kernpunkte werden frühestens nach dem für Mitte Juli 2007 geplanten Besuch des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński in den USA bekannt werden. Das Treffen des polnischen und amerikanischen Präsidenten Mitte Juni in Warschau endete ergebnislos. Konkrete Vereinbarungen werden von der amerikanischen Haltung abhängen, die sich möglicherweise nach dem Treffen Bush-Putin Anfang Juli herauskristalisieren wird. Dann könnte nämlich feststehen, ob und in welchem Grade sich die Radarstation Gabala in Aserbaidschan für das Raketenabwehr-Projekt als günstig erweist. Diese Radarstation ist auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion übrigens nicht die einzige Einrichtung dieser Art, die sich für die Beobachtung der Region am Persischen Golf bestens eignet. Die eventuelle Einbindung der Radarstation als Ergänzung der europäischen Komponente des Raketenabwehr-Systems dürfte jedoch die der Öffentlichkeit bekannten amerikanischen Pläne nicht allzu sehr beeinflussen. Der Vorschlag von Präsident Putin ist jedoch insofern wertvoll, als er eine modifizierte Haltung in der Frage des Raketenabwehrschildes gegen Bedrohungen aus dem Nahen Osten und zudem die Möglichkeit einer grundsätzlichen Zusammenarbeit signalisiert. Damit rückt die bis vor kurzem noch verwendete scharfe Kampfrhetorik in den Hintergrund.

*In Warschau nimmt man die von Moskau geäußerten Ankündigungen über etwaige Gegenmaßnahmen infolge der Stationierung eines Kernelements des Raketenabwehr-Systems in Polen sehr ernst.*



Ein deutscher Experte für Sicherheitsfragen merkte unlängst treffend an, dass sich Russland damit gleichsam neu „positioniere“.[47]

Für Polen ist die entscheidende Frage bezüglich des Raketenabwehrschildes, ob die Demokraten im amerikanischen Kongress, die sicherlich die nächste Regierung bilden werden, die Sicherheitspolitik der Bush-Administration in ihrem ganzen Umfang aufrechterhalten werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die polnische Regierung daher stark an einem möglichst raschen Abschluss des Abkommens mit den USA interessiert ist.

Vor diesem Hintergrund beherrschen folgende Fragen die derzeitige Debatte: Ist der geplante Raketenabwehrschild überhaupt für den Schutz Europas geeignet und wenn ja, in welchem Maße? Inwieweit sollte das erwartete bilaterale Abkommen mit den USA auch ein Element von Vereinbarungen auf NATO-Ebene sein und sollte Polen mit der Anbindung an das Raketenabwehrsystem nicht doch bis zum Abschluss der NATO-internen Vereinbarungen warten? In diesem Zusammenhang sollten folgende politische und technische Aspekte berücksichtigt werden:

Die Amerikaner beabsichtigen in Polen mit Blick auf Europa sog. Zweistufenraketen aufzustellen. Bei diesen Raketen ist die Start- und Steigungsphase relativ kurz, so dass die feindlichen Sprengkörper ziemlich schnell zerstört werden können. Die Raketenabwehrbasis in Polen ist nach amerikanischen Angaben auch dazu gedacht, einen großen Teil anderer europäischer Staaten zu schützen, darunter die Bundesrepublik und die baltischen Länder. Laut Informationen aus Washington wird die in Polen zu errichtende Komponente den Süden Europas jedoch nicht abschirmen können. Diese Aufgabe müsse von einer anderen, auf Mittelstreckenraketen gestützten NATO-Basis erfüllt werden. Der Schutz der Basis in Polen sei hingegen ständig auf NATO-Ebene zu beraten. Man gehe nämlich in Washington davon aus, dass der Stützpunkt in Polen allmählich zum „Fundament der Raketenabwehr des Atlantischen Bündnisses“ werde, wie der stellvertretende Leiter der Raketenabwehr-Agentur (MDA), Brigadegeneral Patrick O'Reilly, feststellte.[48]

Trotz der Konsultationen zwischen den USA und ihren Bündnispartnern und trotz der auf Ministerebene getroffenen NATO-Vereinbarungen zur Raketenabwehr ist die Bestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Systemen, dem der USA und dem der NATO, weiterhin eine große Herausforderung für die transatlantische Gemeinschaft.[49]

## **Entwicklungen in der Diskussion in Polen**

Die laufende Debatte über das Raketenabwehrprojekt und die mögliche Teilnahme Polens hat zu einem Wandel der Einschätzungen geführt. Anfangs betrachtete man die Stationierung der bodengestützten Abfangraketen in Polen lediglich im Rahmen eines künftigen bilateralen Abkommens zwischen Polen und den USA. Einige Sicherheitsexperten wiesen jedoch darauf hin, dass eine rein bilaterale Betrachtungsweise die eigentliche Rolle des Nordatlantischen Bündnisses untergraben und die Beziehungen innerhalb der NATO belasten kann. Es liegt im polnischen Interesse, über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrschild nicht ohne vorherige NATO-interne Konsultationen zu entscheiden, wie z.B. die oppositionelle „Bürgerplattform“ (PO) immer wieder betont, die in Meinungsumfragen vor der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) liegt. Unter dem Einfluss der Opposition und diverser Sicherheitsexperten, aber auch infolge äußerer Einflüsse begann sich die Herangehensweise bezüglich dieses Projekts allmählich zu verändern. Zum Umbruch kam es dabei zunächst infolge der auf dem NATO-Gipfel im November 2006 in Riga eingereichten Durchführbarkeitsstudie und anschließend durch die Ankündigung von NATO-internen Konsultationen

*Die Raketenabwehrbasis in Polen ist nach amerikanischen Angaben auch dazu gedacht, einen großen Teil anderer europäischer Staaten zu schützen, darunter die Bundesrepublik und die baltischen Länder.*

*Es liegt im polnischen Interesse, über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrschild nicht ohne vorherige NATO-interne Konsultationen zu entscheiden.*

für das Frühjahr 2008. Derzeit fordert Polen sogar die Einbindung dieses Projekts in den laufenden Prozess der Verteidigungsplanung der NATO.

Auch die Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die für eine größere Teilhabe der NATO am Raketenabwehrprojekt stimmt, spielt natürlich eine Rolle in der polnischen Diskussion. Aber man weist in Polen auf die höchst unterschiedlichen Einstellungen deutscher Politiker gegenüber der Schaffung einer europäischen Komponente des Raketenabwehr-Systems in Polen hin.[50] Die deutsche Haltung zum Raketenabwehr-Projekt und den im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik erwünschten deutsch-polnischen Konsultationen steht derzeit darüber hinaus ganz im Schatten des Konflikts um die Zukunft des europäischen Verfassungstraktats und die Stimmengewichtung innerhalb der EU. Die tief greifenden deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um die gemeinsame Geschichte tun ein übriges zur Distanz dazu.

Fragen wie die Präsenz ausländischer Militäreinrichtungen auf polnischem Staatsgebiet unterliegen der Ratifizierung durch den Sejm, der derzeit aber kaum mehrheitsfähig ist. Die größte Regierungspartei („Recht und Gerechtigkeit“ - PiS) verfügt über 149 Stimmen, während die beiden Koalitionspartner „Selbstverteidigung“ 46 und die „Liga der Polnischen Familien“ 29 Mandate haben. Insgesamt besitzt die Regierungskoalition somit 224 Stimmen bei einer Gesamtzahl von 460 Sejm-Abgeordneten. Hinzu kommt, dass zahlreiche Abgeordnete der beiden kleineren Koalitionsparteien von ihrer Missbilligung der amerikanischen Pläne keinen Hehl machen. Die Regierung bemüht sich jedoch, das Raketenabwehrprojekt voranzutreiben und ist daher auf die Stimmen der Splitterparteien beziehungsweise auf einen breiteren Konsens im Parlament angewiesen, der nicht ausgeschlossen ist.

Die Haltung zum Problem des Raketenabwehrschildes seitens der zwei großen Oppositionsparteien ist ähnlich. Die „Bürgerplattform“ (PO) lässt das Raketenabwehr-Projekt in ihrem unlängst verabschiedeten Parteiprogramm zur Außen- und Sicherheitspolitik unerwähnt und beschränkt sich auf die Feststellung, dass Polen seine nationalen Interessen mit den amerikanischen Interessen soweit wie möglich verknüpfen sollte.[51] Einer ihrer Führer, der ehemalige Verteidigungsminister Bronislaw Komorowski, gibt offen zu, dass seine Partei nach dem heutigen Stand der Dinge eine ablehnende Entscheidung treffen müsste. Zugleich räumt er ein, dass in näherer Zukunft nach genauer Kenntnisnahme des Verhandlungsverlaufs dennoch die Chance für eine Zustimmung besteht. Die Parteigruppierung „Linke und Demokraten“ - darunter auch zwei ehemalige Verteidigungsminister: Janusz Onyszkiewicz und Jerzy Szmajdzinski, der die Gespräche mit der amerikanischen Seite einleitete - schlägt ganz ähnlich Töne an. In beiden Fällen resultiert die skeptische Reserviertheit aus rein innenpolitischen Beweggründen und der ablehnenden Haltung weiter Teile der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Raketenabwehrprojekt. Gemäß den regelmäßig durchgeführten Untersuchungen der Meinungsforschungsinstitute in Polen übersteigt die Zahl der gegen eine Stationierung eingestellten Bürger gegenwärtig bereits 50 Prozent.[52]

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen aus innenpolitischer Sicht sowohl ökonomische Fragen (Umfang der Investitionen in die infrastrukturelle Ausstattung der Raketenabwehrbasis) als auch rechtliche Probleme (Exterritorialität, Verantwortlichkeit für eventuelle Verluste und Schäden, Zuständigkeit der polnischen Gerichtsbarkeit für das am Stützpunkt beschäftigte Personal). Politiker, Parlamentarier, Sicherheitsexperten und Bürger beklagen derweil den Mangel an offiziellen, regierungsamtlichen Informationen über das amerikanisch-polnische Raketenabwehrprojekt, obwohl derzeit zahlreiche Diskussionsveranstaltungen in Radio und Fernsehen stattfinden, an denen auch Mitglieder der polnischen Verhandlungsdele-

*Fragen wie die Präsenz ausländischer Militäreinrichtungen auf polnischem Staatsgebiet unterliegen der Ratifizierung durch den Sejm.*

*Die Haltung zum Problem des Raketenabwehrschildes seitens der zwei großen Oppositionsparteien ist ähnlich.*

gation teilnehmen. Laut dem Verhandlungsführer und stellvertretenden Außenminister Polens, Witold Waszczykowski, muss zunächst absolute Sicherheit darüber herrschen, dass die geplante Raketenabwehrbasis und ihr Schutzsystem die Sicherheit des Staates erhöht und die Bindungen zwischen Polen und den USA stärkt. Dann werde es völlig genügen, der polnischen Bevölkerung diesen Sachverhalt klar darzustellen, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für derartige Lösungen zu erzielen.[53]

Unterdessen rechnet Waszczykowski mit dem Baubeginn der US-Raketenabwehrbasis in Polen bereits im Februar kommenden Jahres, wenn es im September zu festen Vereinbarungen komme. Die USA hätten bestätigt, sagte der polnische Verhandlungsführer Ende Juni in Washington, dass Polen mittels eines Computerterminals ständigen Zugang zu den Daten der US-Radaranlage in Tschechien erhalte und die Möglichkeit des Zuganges zur Programmierphase des Raketenstarts im Falle eines Angriffs haben werde. Bekannt wurde auch, dass eine der wichtigsten polnischen Forderungen der Zugang zu amerikanischen Geheimdienstdaten über Osteuropa ist. Allerdings verzichtete Warschau auf zusätzliche Sicherheitsgarantien seitens der USA für Polen. Ende Juli/Anfang August sollen amerikanische Experten zu einer neuen Verhandlungsrunde nach Warschau kommen. Als Standort für die Abfangraketen ist der stillgelegte Flughafen Redzikowo am Stadtrand von Slupsk (Stolp) im Nordwesten Polens ausgewählt worden, wie aus Warschauer Regierungskreisen zu hören ist.

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung

*\*Dr. Maria Wagrowska ist Mitarbeiterin des Zentrums für Internationale Beziehungen, eines langjährigen Partners der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, und dort mit der transatlantischen Kooperation und Sicherheitspolitik befasst. Darüber hinaus ist sie Vizepräsidentin der Euro-Atlantischen Gesellschaft in Polen.*

## **Russische Reaktionen auf die geplanten Militärbasen in Osteuropa**

Dr. Thomas Kunze und Henri Bohnet

Russland ist zum lautstärksten Gegner der US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Europa geworden, weil es eine Verlagerung der strategischen Machtverhältnisse zu seinen Ungunsten befürchtet. Moskau als wieder erstarkte Großmacht will sowohl seinen unmittelbaren Nachbarn als auch seinen Partnern weltweit deutlich machen, dass die Zeiten der – aus seiner Sicht – einseitigen Zugeständnisse im Zuge der NATO-Erweiterung vorbei sind. Auf der anderen Seite ist der angedrohte Rücktritt aus internationalen militärischen Verpflichtungen im Kontext der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Lande zu sehen. Der Vorschlag an die Amerikaner, in Aserbaidschan bei der Raketenabwehr zusammenzuarbeiten, bietet vielleicht dennoch eine Chance, die in letzter Zeit zu sehr politisierten Gegensätze durch vertrauensbildende technische Kooperation zu entschärfen.

„Das strategische Gleichgewicht in der Welt ist (durch die Pläne der Amerikaner) gestört worden. Um dieses Gleichgewicht wiederherzustellen (...) sind wir gezwungen, ein System zur Überwindung dieses Abwehrsystems zu schaffen“, so Präsident Putin.[54] Daraufhin verkündet der erste Vizepremier Iwanow am 29.5. den erfolgreichen Test einer neuen Interkontinentalrakete, die „in der Lage ist, jedes Abwehrsystem heute und in der Zukunft zu umgehen“.[55] Putin warnt vor einem „Pulverfass Europa“ und der Gefahr eines „atomaren

*Russland ist zum heftigsten Gegner der US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Europa geworden, weil es eine Verlagerung der strategischen Machtverhältnisse zu seinen Ungunsten befürchtet.*

Konflikts“. In der russischen Presse kursieren Spekulationen über ein neues Wettrüsten: Als „angemessene“ Antwort auf die US-Raketen bezeichnete die Zeitung „Iswestia“ die Möglichkeit der Produktion von alten SS-20 oder von modernen „Iskandr“-Mittelstreckenraketen.[56]

Zur selben Zeit veröffentlicht das russische Verteidigungsministerium eine neue Militärdoktrin, in der das „Bedrohungspotential“ der NATO neu eingestuft wird: eine direkte Antwort auf Amerikas neue Pläne in Europa?[57] Russland zweifelt offensichtlich die Effektivität des geplanten US-Raketenabwehrsystems gegenüber möglichen Angriffen aus dem Iran und Nordkorea an: "Wir wissen von Experten, dass das Ziel, Raketen aus Iran und Nordkorea abzuwehren, nicht möglich ist“, so Außenminister Lawrow in einer Stellungnahme.[58]

## **Amerikanische Raketen an Russlands Grenzen: ein Affront?**

Russische Militärs gehen davon aus, dass die vorgesehenen Raketenbasen in Polen und Tschechien von den Amerikanern jederzeit aufgestockt werden können, mit unmittelbarer Folge für Russlands strategische Sicherheit.[59] Der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte äußerte die Besorgnis, die US-Initiative könnte die Kräftebalance in Europa untergraben und die nukleare Abschreckungskraft Russlands „unter bestimmten Umständen“ beeinträchtigen.[60] Öffentlich erwägt er die Möglichkeit, dass Russland als Antwort auf die Stationierung aus den Vereinbarungen des „Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty“ (INF) austreten könnte.

Gleichzeitig warnen die Militärs, russische Raketen könnten auf die amerikanischen Raketenbasen in Europa gerichtet werden, sollten die USA mit ihren Plänen Ernst machen.[61]

Sicherheitspolitische Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Westen sind nicht neu. Der wesentliche Stein des Anstoßes stellt in den Augen der russischen Militärführung die NATO-Expansion bis an die russischen Grenzen dar, wie der Präsident der Russischen Akademie für Militärwissenschaften, General Machmut Garejew, klarstellt: Er kritisiert, dass die Aufnahme neuer Mitglieder durch die NATO gegen den russischen Willen und – in russischen Augen – entgegen früherer Vereinbarungen mit den USA durchgeführt wurde.[62] "Uns wurde damals versprochen, dass die NATO nicht erweitert wird und dass keine militärische Infrastruktur in Osteuropa angelegt wird“, so Außenminister Lawrow in einem Fernsehinterview im März: „Die Zeit fürs Reden ist vorbei und wir wollen Entscheidungen über unsere Sicherheit treffen, die auf realen Fakten basieren.“[63]

Eine mögliche Bedrohung Europas durch Interkontinentalraketen aus dem Iran oder Nordkorea sieht Russland also nicht. Iwanow argumentiert in einem im April in der Financial Times veröffentlichten Artikel hierzu: „Heutzutage existieren derartige externe Bedrohungen nicht und werden auch in voraussichtlicher Zukunft nicht existieren.“ Mögliche Bedrohungen von „Schurkenstaaten“ „könnten eine selbst-erfüllende Prophezeiung als Folge von unvorsichtigen Maßnahmen werden.“[64]

Die Entscheidungsträger in Moskau empfinden die Einhaltung des INF und insbesondere des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) als einseitig: Während Russland sich an die Abmachungen hält, weigern sich die westlichen Regierungen (u.a. die USA), den KSE-Vertrag zu ratifizieren unter dem Vorwand, Russland halte sich nicht an die „Istanbuler Abmachungen“ von 1999, die den Abzug der russischen Armee aus seinen Basen in Transnistrien, in der Ukraine und Georgien vorsehen.[65]

Präsident Putin: „Wir setzen (den KSE-Vertrag) wirklich um: wir haben all unsere schweren Waffen (...) bis hinter den Ural verlagert. Wir haben unsere Streitkräfte um 300.000 re-

*Russische Militärs gehen davon aus, dass die vorgesehenen Raketenbasen in Polen und Tschechien von den Amerikanern jederzeit aufgestockt werden können, mit unmittelbarer Folge für Russlands strategische Sicherheit.*

duziert. (...) Aber was sehen wir als Antwort darauf? Osteuropa erhält neue Waffen, zwei Militärbasen werden in Rumänien und Bulgarien errichtet (...) und wir fragen uns: Was passiert hier gerade? Russland rüstet einseitig ab (...) aber wir wollen auch, dass unsere Partner hierzu bereit sind. Aber im Gegenzug wird Europa mit neuen Waffen vollgepumpt. (...) Uns wird gesagt, dass dieses (amerikanische) Raketenabwehrsystem gegen etwas gerichtet ist, was es in Wirklichkeit nicht gibt.“[66] Als Folge kündigt Putin in seiner Rede an die Staatsduma am 26.4. an, ein „Moratorium“ auf die russischen Verpflichtungen zum KSE-Vertrag zu verhängen.

## **Russland als wiedererstarkte Großmacht**

Die auf russische Initiative einberaumte Sondersitzung der KSE-Vertragsstaaten in Wien verlief in dieser Woche ergebnislos, ein gemeinsames Abschlusskommuniqué konnte nicht verabschiedet werden. „Der jetzige Vertrag ist für alle Intentionen bedeutungslos geworden“, so der Abrüstungsunterhändler des Kremls, Antonow.[67] Moskau macht unter anderem seinen Verzicht auf ein KSE-Moratorium davon abhängig, ob die neuen NATO-Mitglieder Slowenien und das Baltikum den KSE-Vertrag ratifizieren.

In einem russischen Moratorium sehen Experten allerdings nicht nur die Reaktion auf die amerikanischen Raketenpläne, sondern auch eine wohlkalkulierte Maßnahme, um eigene Interessen zu verfolgen: Einerseits fordern führende Militärs bereits seit einiger Zeit, die Streitkräfte an Russlands volatilen südwestlichen Rändern (Kaukasus, Schwarzmeerregion) aufzustocken, um dort territoriale Stabilität garantieren zu können. Andererseits will Moskau den Westen vor der NATO-Aufnahme der Ukraine und Georgiens warnen. Das „nahe Ausland“ der ehemaligen Sowjetrepubliken sieht Moskau immer noch als exklusive Einflussphäre.[68]

Mit dem Test der neuen Interkontinentalrakete will der Kreml seine wiedererlangte strategische Bedeutung im regionalen und globalen Sicherheitskontext unterstreichen. Der – in Folge des „Kursk“-Unglücks und des noch andauernden Tschetschenien-Krieges entstandene - Eindruck einer veralteten und demoralisierten russischen Armee soll einem erneuerten, Respekt gebührenden „Image“ weichen.

Daneben wird in der verbalen Konfrontation zwischen Moskau und Washington der Versuch des Kremls gesehen, Europa in zwei Lager zu spalten: in Gegner des Raketenschildes und Befürworter einer Annäherung mit Russland auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Förderer der US-Initiative, die – wie Polen, die baltischen Staaten und Tschechien - aus historischen Gründen misstrauisch gegenüber Moskau sind. Zu einer Spaltung ist es allerdings bisher nicht gekommen: Das geschlossene Auftreten der NATO-Staaten auf der jüngsten KSE-Sondertagung und der Verlauf des letzten EU-Russland-Gipfels in Samara belegen dies.

## **Am Vorabend einer wichtigen Wahlsaison**

Aller Voraussicht nach wird erstmalig in seiner Geschichte ein russisches Staatsoberhaupt nach den Wahlen im kommenden März verfassungsgemäß sein Mandat an einen gewählten Nachfolger weitergeben. Davor noch wird im Dezember ein neues Parlament in Russland gewählt. Die innenpolitische Lage ist am Vorabend dieser Machtübergabe gespannt. Die in russischen Ohren ständig wachsende Kritik des Westens an der Regierungsführung des Kremls und vor allem an Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen steigert unter den Entscheidungsträgern die Nervosität. Vor diesem Hintergrund soll die angriffslustige Haltung bei der Debatte über die Raketenstationierungen politische Stärke und Stabilität auch nach innen projizieren: Der Oppositionspolitiker Kasparow sieht einen direkten Zusammenhang

*Moskau will den Westen vor der NATO-Aufnahme der Ukraine und Georgiens warnen. Das „nahe Ausland“ der ehemaligen Sowjetrepubliken sieht Moskau immer noch als exklusive Einflussphäre.*

zwischen westlicher Kritik an Menschenrechtsverstößen in Russland und Moskaus Wortattacken gegen die Amerikaner: „Putin nutzt (die Stationierung) für seine eigenen Ziele und würde seinen Widerstand dagegen aufgeben, wenn die Amerikaner und Europäer nur ihre Kritik an der russischen Demokratie und Menschenrechten aufgeben.“ Kasparow ist der Meinung, dass – verglichen mit den gesellschaftlichen Zuständen im Lande, der Korruption und fortbestehenden Armut – der Stationierungsstreit für die Mehrheit der Russen im Grunde irrelevant sei.[69] Die Auseinandersetzung kommt zu einem Zeitpunkt, wo in der politischen Elite eine große Ungewissheit über eine Zeit nach Putin herrscht und die große Bevölkerungsmehrheit diversen Umfragen zufolge sich ein Weiterregieren des jetzigen Präsidenten – im Interesse der gewonnenen gesellschaftlichen Stabilität – wünscht.[70]

### **Eine neue russische Initiative**

Am Eröffnungstag des G-8-Gipfels in Heiligendamm überraschte Präsident Putin Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Bush mit dem Vorschlag, zwecks Raketenabwehr eine russische Radarstation in Gabala, Aserbajdschan gemeinsam mit den USA zu nutzen. Der russische Präsident warb damit, dass diese Anlage für die Sicherheit Gesamteuropas garantiere und „es uns überflüssig machen würde, Offensivanlagen an die Grenzen Europas zu positionieren“. [71] Obwohl die russische Initiative in der aserischen Öffentlichkeit gemischte Reaktionen hervorruft, spricht sich Präsident Alijew ebenfalls für die russisch-amerikanische Kooperation in seinem Lande aus: „Dies ist ein neues Element in Aserbajdschans Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern.“[72]

Ist diese Initiative also die lang erwartete Deeskalation, um den „Krieg der Worte“ zwischen beiden Lagern zu beenden und konstruktiv auf die gemeinsamen Sicherheitsbedenken einzugehen? Oder soll einfach nur das in Europa ziemlich ramponierte russische „Image“ wieder verbessert werden?

In der russischen Öffentlichkeit geht man nach entsprechenden Aussagen des Generalstabschefs Balujewskij davon aus, dass eine detaillierte Besprechung der „Gabala-Alternative“ erst während des Aufenthalts von Putin in den USA Anfang Juli zustande kommen wird. Nach ersten eher ablehnenden US-Signalen vermuten jedoch einige, dass Moskau mit seinem Vorschlag eine Absage der Amerikaner provozieren und die USA somit als „kompromisslose Aggressoren“ darstellen will.

So interessant der Vorschlag auf den ersten Blick erscheint, bezweifelt eine zunehmende Zahl von Sicherheitsexperten in Ost und West, dass die aserische Anlage – aufgrund ihrer geographischen Nähe zu iranischen Abschusspunkten – die Sicherheitsanforderungen der Amerikaner befriedigen und zusätzliche Systeme in Europa vollständig ersetzen könnte. Darüber hinaus stellen sich die Fragen, inwieweit Moskau bereit wäre, alle in Gabala gesammelten Daten mit Washington zu teilen, und: Würde Washington sich mit einer hundertprozentigen Annahme des russischen Vorschlags nicht völlig abhängig von Moskaus militärischer Infrastruktur machen?[73]

Bisher scheint es unwahrscheinlich, dass sowohl die Amerikaner als auch die Russen ihre autonomen Entscheidungswege im Bereich der Kriegsführung kompromittieren oder gar auf diese verzichten würden. Aber: Gabala könnte ein Anstoß für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland sein, um eine konkrete Bedrohung frühzeitig zu erkennen. Denn der Beschluss über eine bilaterale Kooperation – gerade im Rahmen eines gemeinsamen Frühwarn- und Analyseentrums in Moskau – wurde bereits 1998 von beiden Seiten gefasst. Allerdings wurde er bis heute nicht umgesetzt.

*Kasparow: „Putin [...] würde seinen Widerstand [gegen die Stationierung] aufgeben, wenn die Amerikaner und Europäer nur ihre Kritik an der russischen Demokratie und [an den] Menschenrechten aufgeben.“*

*Gabala könnte ein Anstoß für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland sein – um eine konkrete Bedrohung frühzeitig zu erkennen.*

## Fußnoten

- [1] Marina Malenic, "European site interceptor moves into design and development phase," *Inside Missile Defense*, June 20, 2007.
- [2] Amy F. Woolf, "U.S. nuclear weapons: changes in policy and force structure," CRS Report for Congress, RL31623, January 12, 2007 and Steven A. Hildreth, "Ballistic missile defense: historical overview," CRS Report for Congress, RS22120, January 5, 2007.
- [3] Sebastian Sprenger, "U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.
- [4] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [5] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [6] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [7] Marina Malenic, "Allies may want role in missile defense command and control," *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.
- [8] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [9] Ashley Roque, "Obering: Eastern European GMD interceptor not a threat to Russia," *Inside Missile Defense*, January 31, 2007.
- [10] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007 und Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [11] John Liang and Carlos Munoz, "House keeps missile defense cuts, adds \$205 million for Israeli BMD," *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.
- [12] Marina Malenic, "House panel reduces funding for European interceptors," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.
- [13] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [14] Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.
- [15] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.
- [16] Marina Malenic, House committee would allow reprogramming to fund European site, "*Inside Missile Defense*, May 23, 2007.
- [17] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [18] Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.
- [19] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [20] John Liang, "Edelman: 'mindset' change needed for Russia to accept missile defense," *Inside Missile Defense*, April 11, 2009.
- [21] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007 and Secretary of State Condoleezza Rice and German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier, Briefing, March 19, 2007 and Secretary of State Condoleezza Rice and German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier, Briefing, February 19, 2007.
- [22] Briefing with Secretary of State Condoleezza Rice, May 29, 2007.
- [23] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [24] Daniel Fried, Briefing April 18, 2007.
- [25] Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.

- [26] Daniel Fried, Briefing, April 17, 2007.
- [27] Theodore A. Postol, "Proposal to deploy missile defense components in Eastern Europe – A technical assessment of Missile Defense Agency statements," Presentation given at the MacArthur Foundation meeting in Washington, DC, June 28, 2007.
- [28] Tom Casey, Department Deputy Spokesman, State Department Briefing, April 27, 2007.
- [29] John Liang, "Obering: European GMD site balances Nato missile defense," *Inside Missile Defense*, February 28, 2007.
- [30] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [31] Daniel Fried, Briefing, April 17, 2007.
- [32] Sebastian Sprenger, "U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.
- [33] John Liang, "Edelman: 'mindset' change needed for Russia to accept missile defense," *Inside Missile Defense*, April 11, 2007.
- [34] Ashley Roque, "Obering: Eastern European GMD interceptor not a threat to Russia," *Inside Missile Defense*, January 31, 2007.
- [35] Sebastian Sprenger, "U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.
- [36] Shanker, New York Times, June 15, 2007.
- [37] McKinnon, Wall Street Journal, June 8, 2007, p. 6.
- [38] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [39] Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.
- [40] Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.
- [41] Marina Malenic, "Allies may want role in missile defense command and control," *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.
- [42] Vgl. den genauen Wortlaut dieses Dokuments - <http://www.bbn.gov.pl/?lin=5&last=225&idtext=834>.
- [43] Vgl. *Polska w amerykanskim systemie obrony antyrakietowej* [Polen im amerikanischen Raketenabwehrsystem], hg. v. Verlag *Biblioteka Bezpieczenstwa Narodowego* [Bibliothek der Nationalen Sicherheit], Warszawa 2007, S.108.
- [44] Vgl. Aussage des Sejmabgeordneten und Vorsitzenden der Sejm-Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Pawel Zalewski, in: *Dziennik* v. 31.1.2007.
- [45] Die unmittelbare Sicherheitszone um die Raketenabwehrbasis würde sich dabei auf eine Reichweite von 500 km zu den Raketensilos erstrecken. Dabei wären alle 10 Raketen an einem einzigen Ort installiert, einem bis zu 300 ha großen Gebiet. Dessen amerikanische Besatzung würde bis zu 300 Personen zählen.
- [46] Vgl. *Gazeta Wyborcza* v. 3./4.3.2007.
- [47] Vgl. Alexander Rahr von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik im Interview mit der *Deutschen Welle* v. 14.6.2007 - <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2609157,00.html>.
- [48] Vgl. *Polska Zbrojna*, Nr. 15/27.
- [49] Vgl. den Artikel „Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas“, in: Analysen und Dokumente, hg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, März 2007.
- [50] Vgl. Lukasz Adamski, Niemiecka debata o systemie obrony przeciwrakietowej [Die deutsche Debatte über das Raketenabwehrsystem], in: *Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Miedzynarodowych* [Bulletin des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten] v. 3.4.2007.
- [51] Siehe dazu „Zasadnicze cele naprawy Panstwa – III Krajowa Konwencja Platformy Obywatelskiej RP” [Grundlegende Ziele der Staatsreform – III. Landesversammlung der Bürgerplattform der Republik Polen], Warschau, 21. Mai 2006 - <http://www.platforma.org/files/dokumenty/program/program.pdf>.
- [52] Der bekannte Soziologe Dr. Jacek Kucharczyk vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten kommentiert repräsentative Untersuchungen der öffentlichen Meinung wie z.B. "Transatlantic Trends". Dabei wies Kucharczyk unlängst auf einen neuen Meinungstrend hin. Demnach gleicht sich die öffentliche Meinung in Polen der gegenüber den USA und ihrer Außenpolitik



eingenommenen Haltung der Bürger aus anderen EU-Mitgliedsländern immer weiter an; vgl. Bericht zur Konferenz des Warschauer Zentrums für Internationale Beziehungen, auf der die Ergebnisse der Untersuchung "Transatlantic Trends 2006" vorgestellt wurden - [http://www.csm.org.pl/pl/files/seminar/2006/konf\\_i\\_sem\\_0306.pdf](http://www.csm.org.pl/pl/files/seminar/2006/konf_i_sem_0306.pdf).

[53] Vgl. *Gazeta Wyborcza* v. 23.1.2007.

[54] Kremlin.ru, 29.5.07 und 1.6.07.

[55] Zitiert nach RFE/RL, 30.5.07.

[56] „Putin: Russland ist gezwungen, sein Verteidigungspotential zu stärken“, *Iswestia*, 22.2.07.

[57] Im Februar 2007 stellte der damalige Verteidigungsminister Iwanow das Modernisierungsprogramm der Streitkräfte vor, dass neben umfangreichen Aufrüstungen und Umstrukturierungen ein Militärbudget von 821 Milliarden Rubel für 2007 vorsieht (rund 25 Milliarden Euro): eine Vervierfachung des Haushalts von 2002. Siehe dazu Victor Yasman: "Russia: Reviving The Army, Revising Military Doctrine, in Radio Free Europe / Radio Liberty, 12.3.07.

[58] Zitiert nach RIA-Nowosti: "Missile shield in Europe will not tackle Iran, N. Korea threat", 21.2.07.

[59] Simon Saradzhyan: "A dangerous game in Russia's backyard", *ISN Security Watch*, 7.3.07.

[60] Ebenda.

[61] Federico Bordonaro: "B.M.D. Debate Heats Up in Europe", *Power and Interest News Report*, 13.3.07.

[62] Federico Bordonaro: "The trans-Atlantic BMD showdown", *ISN Security Watch*, 15.2.07.

[63] Zitiert nach *ISN Security Watch*, 7.3.07.

[64] Sergei Lavrov: "A crucial debate on Europe's anti-missile defences", *Financial Times*, 11.4.07.

[65] Dagegen argumentiert Moskau, dass diese Basen ausschliesslich für Friedenserhaltungsmassnahmen genutzt werden. Siehe Richard Weitz: "Russia's missile defense fears", *EurasiaNet*, 8.3.07.

[66] Kremlin.ru, 4.6.07.

[67] RFE/RL, 18.6.07.

[68] Siehe RFE/RL vom 28.4.07., sowie Sam Black: "Russia and the Future of the INF", in: *Center for Defense Information*, 20.3.07.

[69] RFE/RL, 5.6.07.

[70] «Putins Ratings wächst 6% pro Jahr», *gazeta.ru*, 19.1.07.

[71] RFE/RL, 8.6.07.

[72] Zitiert nach *IWPR Caucasus Reporting Service*, 14.6.07. Welche Rolle dabei Aserbaidshan selbst spielen würde, bleibt vorerst unklar.

[73] Vgl. *Russia Profile Weekly Experts Panel*: "Assessing the New Cold War", 15.6.07.

KONRAD ADENAUER FOUNDATION  
2005 MASSACHUSETTS AVE. NW  
WASHINGTON, D.C. 20036  
PHONE: 001-202-464-5840  
FAX: 001-202-464-5848  
WWW.KASUSA.ORG

KONRAD ADENAUER STIFTUNG  
KLIMENTSKÁ 46  
110 02 PRAHA 1  
TEL: 420-222-320-190  
FAX: 420-222-320-198  
WWW.KASPRAG.CZ

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
IN POLEN  
UL. J. DABROWSKIEGO 56  
PL 02-561 WARSCHAU  
TEL. +48-22-845-9330  
FAX +48-22-848-5437  
WWW.KAS.DE/WARSCHAU

KONRAD ADENAUER STIFTUNG  
TWERSKAJA STR. 16/2, GEBÄUDE 3,  
BÜRO 3  
125009 MOSKAU  
RUSSISCHE FÖDERATION  
TEL. +7 495 935 77 78  
FAX +7 495 935 77 79  
WWW.ADENAUER.RU